Landtag Rheinland-Pfalz
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/52

52. Sitzung

Mittwoch, den 1. Oktober 2008

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 (LHG 2009/2010)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/2640 –
Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2008 bis 2013
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 15/2641; Vorlagen 15/2919/2948 –..... 3139

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2640 – wird von Staatsminister Professor Dr. Ingolf Deubel begründet.

Die erste Beratung wird mit der Aussprache in der 53. Plenarsitzung am 2. Oktober 2008 fortgesetzt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Friederike Ebli, Hildrun Siegrist.

Rednerverzeichnis:

Präsident Mertes:..... 3139, 3154
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen: 3139

52. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 1. Oktober 2008

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich zur 52. Plenarsitzung im Landtag begrüßen.

Schriftführende Abgeordnete sind David Langner und Ralf Seekatz, Letzterer führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind heute die Abgeordneten Frau Friederike Ebli und Frau Hildrun Siegrist sowie Herr Staatssekretär Michael Ebling ab 14:45 Uhr.

Wir haben einen neuen Kollegen, der für unseren ausgeschiedenen Kollegen Erhard Lelle gekommen ist, nämlich den Abgeordneten Peter Dincher aus Dahn. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich darf schon jetzt die Gäste begrüßen, weil nach der Rede des Finanzministers die Sitzung unterbrochen wird und wir dann keine Gelegenheit mehr dazu hätten.

Meine Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich SPD-Mitglieder der Verbandsgemeinde Kirchen, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Altrip und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Rheuma-Liga Horhausen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Gibt es dagegen Einwände? – Wenn das nicht der Fall ist, beschließen wir sie wie vorgesehen.

Wir können nun mit der Einbringungsrede von Herrn Professor Dr. Ingolf Deubel beginnen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
(LHG 2009/2010)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/2640 –
Erste Beratung

dazu:
Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz
für die Jahre 2008 bis 2013
Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags
– Drucksache 15/2641; Vorlagen 15/2919/2948 –

Herr Professor Dr. Deubel, bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige Worte zur aktuellen Lage auf den Finanzmärkten. Die Entwicklungen der vergangenen Tage geben Anlass zu tiefster Besorgnis.

Es geht heute nicht mehr nur darum, die Folgen einer unverantwortlichen Kreditvergabe an amerikanische Hausbesitzer zu beheben, es geht auch nicht mehr darum, einzelne Kreditinstitute abzuwickeln, die die Risiken verbriefter Immobilienkredite nicht einzuschätzen wussten und trotzdem mit fremdem Geld zusätzliche Risiken eingingen.

Die Beteiligten haben auf das dauerhafte Ausdehnen der US-Immobilienblase gewettet und verloren. Es geht nun darum, die Folgen einzudämmen und das reale Wirtschaftsgeschehen von diesen Folgen weitmöglichst abzuschirmen.

Die spektakulären Insolvenzen großer US-amerikanischer Investmentbanken haben ein Klima der Verunsicherung geschaffen. Das Vertrauen der Banken untereinander ist zutiefst erschüttert. Wir beobachten heute, dass keine Bank mehr der anderen traut und Kreditinstitute auf Zinseinnahmen verzichten, um Notfallliquidität zu horten. Die derzeitige Krise ist eine Vertrauenskrise.

Infolge dieser Verunsicherungen droht das Finanzsystem zu kollabieren. Nach den Medienberichten zu urteilen, wurde die Immobilienbank Hypo Real Estate Opfer dieses Misstrauens der Banken untereinander. Nicht faule Kredite, sondern Liquiditätsbedarf zum falschen Zeitpunkt, der wiederum durch ein prekäres Geschäftsmodell ausgelöst wurde, scheint Hintergrund dieser Krise zu sein.

Ich möchte an dieser Stelle der Bundesbank, der Europäischen Zentralbank und dem Bundesfinanzminister meine Anerkennung für das professionelle Krisenmanagement aussprechen.

(Beifall der SPD)

Wenn sich Banken untereinander nicht mehr trauen, muss die Zentralbank einspringen und durch hohe Liquiditätsspritzen die negativen Folgen der Liquiditätshortung neutralisieren. Der Staat ist in der Pflicht, fehlendes Vertrauen durch staatliche Garantien zu ersetzen. Nur so lässt sich die Vertrauenskrise überwinden.

Es wird nun entscheidend darauf ankommen, dass der amerikanische Kongress wahltaktische Überlegungen hintanstellt, seiner Verantwortung für das amerikanische Finanzwesen nachkommt und das von der US-Regierung in Aussicht gestellte 700 Milliarden Dollar Rettungspaket in den nächsten Tagen beschließt.

Zunächst muss es darum gehen, einen Kollaps der Finanzmärkte zu vermeiden und wieder ein Vertrauensniveau zu erreichen, das normale Geschäfte zwischen den Banken wieder ermöglicht. Wenn der Staat und die Notenbanken heute Milliarden-Rettungspakete schnüren, dann nicht, um Spekulanten im Nachhinein zu belohnen. Nein, es geht darum, Arbeitsplätze, Mittelständ-

ler, ja, unsere gesamte Volkswirtschaft vor den negativen Folgen unsolider Finanzspekulationen zu bewahren.

In einem weiteren Schritt wird aber auch zu diskutieren sein, welche Maßnahmen künftig solche Krisen verhindern. Es war Deutschland, das schon unter der rot-grünen Bundesregierung das Thema einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte auf die internationale Agenda gesetzt hat. Auf deutsche Initiative wurden Maßnahmen entwickelt, die heute, in der Krise, als Blaupause dienen.

Das deutsche Universalbankensystem mit den drei Säulen „private Geschäftsbanken“, „Genossenschaftsbanken“ und „Sparkassen“ zeigt in dieser Krise seine Vorzüge und erweist sich als stabil. Insbesondere bei Sparkassen und Volksbanken sind Liquiditätskrisen wie bei der Hypo Real Estate ausgeschlossen; denn sie refinanzieren sich nicht am Geld- oder Kapitalmarkt, sondern unmittelbar durch Einlagen ihrer Kunden. Da gleichzeitig bei der Kreditvergabe der regionale Bezug weitgehend gewahrt wird, sind Sparkassen und Volksbanken von der Finanzmarktkrise allenfalls am Rande betroffen.

Gleichwohl führen die internationalen Kapitalverflechtungen auch bei uns zu Erschütterungen und Lähmungstendenzen, und sollten die Amerikaner ihre Finanzmärkte ins Chaos abdriften lassen, wird kein Land der Erde von den negativen Folgen verschont bleiben.

Auch ohne den „worst-case“ wird Deutschland wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtungen und des globalen Konjunkturzusammenhangs von den Entwicklungen in den USA mit betroffen sein.

Ob die konjunkturelle Abschwächung durch die Finanzmarktkrise stärker ausfällt als bislang im Rahmen der Finanzplanung und der Steuerschätzungen des Bundes und der Länder berücksichtigt, wird von der Landesregierung aufmerksam beobachtet.

Sollte die Finanzmarktkrise in Deutschland zu einem starken konjunkturellen Einbruch führen, ist es wiederum die Verpflichtung des Staates, stabilisierend zu wirken. Insofern kündige ich schon heute an, dass die Ausgabenseite des neuen Landeshaushalts steht und wir für den Fall eines konjunkturellen Steuereinnahmeneinbruchs die Talfahrt nicht durch die Streichung öffentlicher Aufträge noch beschleunigen werden.

Meine Damen und Herren, nach diesen Vorbemerkungen komme ich nun zum eigentlichen Landeshaushalt.

Mit dem Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2009 und 2010 legen wir Ihnen dar, wie die Landesregierung in den nächsten zwei Jahren die Chancen unseres Landes nutzen will, welche Chancen sie den Menschen bietet und wie sie künftige Chancen sichern und wahren will. In der Finanzplanung stellen wir Ihnen die finanzwirtschaftlichen Perspektiven bis 2013 vor.

Im Haushaltsplan wird der öffentliche Ressourceneinsatz in Euro und Cent festgelegt. Im Jahr 2009 belaufen sich die Gesamtausgaben des Landes auf 12,7 Milliarden Euro, 2010 werden es 13 Milliarden Euro sein. Entscheidend für unser Land ist jedoch nicht allein, wie viel Geld wir einsetzen, sondern wie wir es einsetzen und vor allem, wofür wir es einsetzen.

Wir legen Ihnen heute mit dem Regierungsentwurf einen ausgewogenen Haushaltsplan vor, der die derzeit notwendigen Zukunftsausgaben dotiert, ohne die weiterhin erforderliche Konsolidierung des Landeshaushalts aus dem Blick zu verlieren.

Wir legen Ihnen einen Plan vor, der die richtigen Schwerpunkte setzt. Wir investieren in Bildung und wirtschaftliche Entwicklung, um die Chancen unseres Landes zugunsten der Menschen zu nutzen. Wir bieten den Schwachen und Benachteiligten Chancen, am Aufschwung dieses Landes teilzunehmen. Wir wahren unsere Chancen und die künftiger Generationen, indem wir nachhaltig wirtschaften und soziale sowie innere Sicherheit bereitstellen.

Rheinland-Pfalz ist kein finanzstarkes Land, es ist nie eines gewesen. Das hat uns aber nicht daran gehindert, unser Land zu entwickeln und voranzubringen. Als Finanzminister sehe ich in der geringeren Finanzausstattung auch eine Chance. Bei knappen Finanzen wird sparsamer gewirtschaftet, und Knappheit führt zu kreativeren Ideen. Unsere relative Finanzschwäche ist der Grund dafür, dass wir von Einnahmenkrisen relativ stärker getroffen werden, dass Konsolidierungserfolge sich erst später zeigen.

Die Verschuldung unseres Landes ist hoch. Insbesondere mit Blick auf die mittelfristig zu erwartende demografische Entwicklung ist sie zu hoch. Die Landesregierung bekennt sich zu dem Ziel, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen. Drei Viertel des Weges zum ausgeglichenen Haushalt haben wir seit dem Jahr 2005 bereits gemeistert.

(Zuruf von der CDU: Drei Viertel?)

Rheinland-Pfalz kommt seit Jahren mit den niedrigsten Ausgaben je Einwohner aller Bundesländer aus. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Kopf von Land und Kommunen – und im Ausgabenvergleich unter den Ländern macht es aufgrund der unterschiedlichen Kommunalisierungsgrade nur Sinn, die Länder einschließlich ihrer Kommunen zu vergleichen –, also die rheinland-pfälzischen Ausgaben je Einwohner lagen in den Jahren 1991 bis 2007 jahresdurchschnittlich um 46 Euro unter denen Niedersachsens, dem Zweitplatzierten, um rund 90 Euro unter denen Bayerns und Baden-Württembergs, den Musterschülern, und um 360 Euro unter denen unseres Nachbarlandes Hessen. Dies macht umgerechnet auf Rheinland-Pfalz über 1,4 Milliarden Euro im Jahr aus. Unsere Ausgaben lagen weit unter denen der neuen Bundesländer und der Stadtstaaten.

(Beifall der SPD)

Unsere höhere Verschuldung lässt sich schlicht und einfach darauf zurückführen, dass der Einnahmennachteil unserer Kommunen nur zu einem Teil im Länderfinanzausgleich berücksichtigt wird. Bis 2005 wurde die kommunale Finanzkraft nur zur Hälfte in die Ausgleichsberechnungen einbezogen – und seitdem lediglich mit 64 %. Der Teil der Finanzschwäche unserer Kommunen,

der nicht ausgeglichen wird, führt dazu, dass unsere Pro-Kopf-Einnahmen in Rheinland-Pfalz unter denen aller anderen Länder liegen. Auch dies muss einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Wir haben diesen Nachteil nie als Schwäche gesehen. Wir haben als einziges westdeutsches Land bislang nie gegen den Länderfinanzausgleich geklagt. Wir haben eben immer sparsamer gewirtschaftet als die anderen.

(Heiterkeit bei der CDU –
Licht, CDU: Kleiner Scherz am Rande!)

Wenn wir heute mehr Schulden je Einwohner haben als finanzstärkere Länder, dann deshalb, weil wir nicht bei den Investitionen gespart haben, sondern unser Land weiterentwickelt haben. Den aufgelaufenen Schulden stehen Infrastrukturvermögen und Finanzvermögen gegenüber. Selbst die Jüngeren in diesem Haus werden, wenn sie an ihre Kindheit zurückdenken, feststellen, wie stark die öffentliche Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten in diesem Land verbessert wurde.

(Beifall der SPD)

Ich nenne an dieser Stelle auch das Stichwort „Konversion“. Der Abzug der amerikanischen und französischen Streitkräfte war nach 1991 ebenso zu bewältigen wie die Reduzierung der Bundeswehrstandorte. Wir konnten nicht die Hände in den Schoß legen und darauf hoffen, dass es in den betroffenen Regionen schon irgendwie gut gehen würde. Der Bund hat uns hierbei nicht geholfen. Wir haben trotzdem investiert, wir haben erfolgreiche Konversionsprojekte entwickelt, und wir haben dafür auch die Neuverschuldung in Kauf genommen. Das war damals richtig, und das sollte heute bei der Betrachtung unseres Schuldenstandes nicht vergessen werden.

Meine Damen und Herren, ohne diese Investitionen der vergangenen Jahrzehnte in die öffentliche Infrastruktur wären viele erfolgreiche Unternehmensansiedlungen nicht erfolgt. Es stünden die heute dringend gesuchten Fachkräfte nicht zur Verfügung. Rheinland-Pfalz ist das Land, das die Zahl seiner im Land arbeitenden Erwerbstätigen seit 1991 am zweitstärksten ausweiten konnte.

(Beifall der SPD)

Rheinland-Pfalz ist inzwischen ein Land, das per saldo – anders als das finanzstarke Baden-Württemberg – noch Studenten anderer Länder ausbildet. Dies ist die andere Seite der Medaille, die wir nicht vergessen sollten, wenn wir über die Schuldensituation reden.

Rheinland-Pfalz entstand als Zusammenschluss von drei ländlichen Provinzen größerer Länder. Nach dem Krieg gab es im Land keine einzige Universität und keinen wirtschaftlichen Ballungsraum, und die eigenständige Regierungstradition war 150 Jahre unterbrochen. Unsere Startbedingungen waren schlechter als die der anderen, aber wir haben – und damit meine ich alle Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen sowie alle rheinland-pfälzischen Landesregierungen – dieses Land zu einem modernen, lebens- und liebenswerten Land entwickelt, auf das wir stolz sein können.

(Beifall der SPD)

Die SPD hat 1991 die Regierungsverantwortung übernommen. Der Schuldenstand betrug damals 11,2 Milliarden Euro. Wenn wir nur die Zinsen für diesen Schuldenstand jedes Jahr an Krediten aufgenommen hätten, also keinen einzigen Euro für neue Investitionen verwendet hätten, wie hoch wäre dann heute der Schuldenstand?

(Pörksen, SPD: Das rechnet Frau Dickes aus! –
Heiterkeit bei der SPD)

– Ich wiederhole die Frage gern noch einmal, um Ihnen Zeit zu geben, sich eine Meinung zu bilden.

(Baldauf, CDU: Aber diese Rechnung ist
auch nicht schlecht!)

– Also, beim gemeinsamen Rechnen ist bisher auf meiner Seite noch nie etwas schiefgegangen.

(Licht, CDU: Das sieht man am Landeshaushalt!)

Wenn wir jedes Jahr nur die Zinsen und Zinseszinsen des Schuldenstandes von 1991 kreditfinanziert hätten,

(Zurufe von der CDU)

alle anderen Ausgaben dagegen aus laufenden Mitteln, wären die Schulden heute höher oder niedriger als der tatsächliche Schuldenstand?

Nun, Sie können sich denken, wenn wir nur die damalige Verschuldung einschließlich der Zinsen gehabt hätten, dann lägen die Schulden heute um 1 Milliarde Euro höher als tatsächlich.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! –
Keller, CDU: Das ist eine Milchmädchenrechnung!

Das heißt, im Endeffekt hat die Landesregierung seit 1991 1 Milliarde Euro der Altlasten, die damals übernommen worden sind, getilgt.

(Beifall der SPD)

Sie können das gern nachrechnen. Es ist immer besonders schön, wenn man feststellt, dass es auch richtig ist, und wenn man darüber nachdenken kann, welche Argumente einem dazu einfallen.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, ich mache Ihnen gar keinen Vorwurf daraus; denn die Schulden, die im Jahr 1991 vorgelegen haben, sind sicherlich gut investiert gewesen und stecken nun in der Infrastruktur unseres Landes. Schließlich sind die Prob-

leme nicht erst im Jahr 1991 entstanden, sondern bereits mit der Gründung dieses Landes.

(Keller, CDU: Kann man die Rede auch schriftlich haben? – Licht, CDU: Sie sind nur noch verschärft worden!)

Aber diejenigen, die heute am lautesten den hohen Schuldenstand anprangern, sollten sich noch einmal genau anschauen, wann und wofür die Kredite aufgenommen wurden und welche Zinsausgaben diese Kredite bis heute verursacht haben.

Im Übrigen – man kann dies nach dem vergangenen Sonntag problemlos sagen –, wenn die SPD 1991 die Regierung nicht von der CDU, sondern von der CSU übernommen hätte,

(Baldauf, CDU: Mit 19 % geht das nicht!)

wenn wir also mit dem Pro-Kopf-Schuldenstand von Bayern gestartet wären, dann hätten wir bei gleichen Ausgaben und Einnahmen nur durch die Zinseinsparungen bereits im vergangenen Jahr den ausgeglichenen Haushalt realisiert,

(Zurufe von der CDU)

und unser Schuldenstand Ende 2007 hätte nicht 27 Milliarden Euro, sondern 11 Milliarden Euro betragen, also den Stand, den wir im Jahr 1991 übernommen haben.

(Beifall der SPD – Weitere Zurufe und Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zurück zum Haushalt. Gegenüber 2005 ist der Haushalt um 1,2 Milliarden Euro konsolidiert worden.

(Beifall bei der SPD – Keller, CDU: Und so etwas ist Professor!)

70 % des Steuereinnahmenzuwachses der beiden vergangenen Jahre haben wir in die Konsolidierung der Landesfinanzen gesteckt.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen waren in den beiden vergangenen Jahren allerdings auch außergewöhnlich günstig. Auf der Einnahmenseite konnten wir kräftige Steuermehreinnahmen verbuchen. Auf der Ausgabenseite hatten wir mit niedrigen Inflationsraten und einem günstigen Zinsumfeld Rückenwind.

Durch sparsame Wirtschaftsführung und niedrige Besoldungszuwächse gelang es, den Ausgabenanstieg sehr niedrig zu halten.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben unser Versprechen gehalten, zusätzliche Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung zu verwenden.

(Billen, CDU: Wo denn? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Können Sie wieder zuhören? Wenn Sie sich untereinander unterhalten wollen, dann machen Sie es.

(Bracht, CDU: Kommen Sie einmal zum Haushalt! – Baldauf, CDU: Wir haben es ja schriftlich!)

Irgendwann können wir weitermachen.

Wir haben jedenfalls unser Versprechen gehalten, zusätzliche Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung zu verwenden. Wir haben es geschafft, das für 2011 vorgesehene Konsolidierungsziel bereits im laufenden Jahr zu realisieren. In der letzten Finanzplanung hatten wir geplant, den Landeshaushalt bis 2011 um 1,2 Milliarden Euro zu konsolidieren und bis dahin ohne Einmalerlöse auszukommen.

Die im Jahr 2005 zum Haushaltsausgleich notwendigen Einmalerlöse in Höhe von 741 Millionen Euro wurden vollständig abgebaut. Die Vorsorge für künftige Pensionen wird 2008 die Vorsorge des Jahres 2005 um 146 Millionen Euro übertreffen, der Rücklagensaldo dürfte sich um 48 Millionen Euro verbessert haben, und die Nettokreditaufnahme wird voraussichtlich um 256 Millionen Euro unter der des Jahres 2005 liegen. Diese Positionen – ziemlich leicht zu rechnen – addieren sich zu einer Gesamtkonsolidierungsleistung von rund 1,2 Milliarden Euro.

(Beifall bei der SPD)

Da das strukturelle Defizit 2005 bei 1,6 Milliarden Euro lag, heißt das, dass drei Viertel des Weges zu einem ausgeglichenen Haushalt bereits zurückgelegt sind.

Meine Damen und Herren, für die nächsten Jahre allerdings kann nicht mehr mit diesem Zusammentreffen günstiger Rahmenbedingungen sowohl auf der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite gerechnet werden.

Bei aller Prognoseunsicherheit verdichten sich die Hinweise darauf, dass wir uns in der Spätphase eines Konjunkturaufschwungs befinden, dass der konjunkturelle Höhepunkt überschritten ist. Noch steigen die Beschäftigtenzahlen, und die Auslastung der Wirtschaft ist hoch. Allerdings geraten die Unternehmen zurzeit – und das ist typisch für die Spätphase eines Konjunkturaufschwungs – von mehreren Seiten unter Druck und damit auch ihre Gewinnerwartungen mit den entsprechenden Folgen für die Investitionsneigung.

Höhere Lohnabschlüsse, gestiegene Energie- und Rohstoffpreise sowie ein deutlich erhöhtes Zinsniveau lassen die Kosten steigen. Die nachlassende Weltkonjunktur und die Aufwertung des Euros bei gleichzeitig verhaltener Entwicklung des privaten Konsums belasten die Umsatzerlöse.

Während wir in diesem Jahr noch ein reales Wirtschaftswachstum von rund zwei Prozent – es kann auch ein bisschen weniger sein – erwarten können, wird das Wachstum im nächsten Jahr deutlich niedriger ausfallen. Um wie viel niedriger es ausfallen wird, hängt auch davon ab, ob sich die Politik und die Menschen klug verhalten werden.

Die deutsche Wirtschaft ist strukturell in einer guten Verfassung. Unsere Produkte sind gut und gefragt. Die Leistungsbereitschaft und die Qualifikation der arbeitenden Menschen sind hoch, und unsere Preise sind günstig. Wir haben keinen Grund, in eine Angststarre zu verfallen, nur weil sich die konjunkturellen Aussichten eintrüben. Dies ist ein normaler Vorgang. Genauso normal wird es sein, dass es nach einem Abschwung auch wieder aufwärts geht. Problematisch wäre es allerdings, wenn wir eine Rezession herbeireden, wenn wir den Abschwung selbstverschuldet verlängern oder verstärken würden.

Wie stark der zu erwartende Abschwung sein wird, hängt zum einen davon ab, wie sich der private Konsum in den nächsten Monaten entwickelt. Ansehnliche Lohnabschlüsse, ein immer noch nicht abgeschlossener Beschäftigungsaufbau und die inzwischen zu beobachtende Normalisierung im Bereich der Energiepreise bilden an sich günstige Voraussetzungen, das Verbrauchervertrauen zu stärken und die Binnennachfrage der privaten Haushalte zu beleben.

Die in den vergangenen Wochen bekannt gewordenen alarmierenden Nachrichten im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise geben andererseits Anlass zu tiefer Besorgnis. Es war angesichts der Laufzeitstrukturen amerikanischer Immobilienkredite zu erwarten, dass 2008 das Hauptjahr der Krise sein würde. Insofern wurden in den konjunkturellen Vorausschätzungen bereits gewisse Bremseffekte der Subprimekrise eingepreist. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage kann Ihnen jedoch niemand sagen, ob ein dramatischer Konjunktureinbruch bevorsteht oder nicht. Wie bereits in meiner Vorrede dargelegt, gilt es zunächst, einen Kollaps der Finanzmärkte zu vermeiden.

Ob die konjunkturelle Abschwächung durch die Finanzmarktkrise stärker ausfällt als bislang im Rahmen der Finanzplanung und der Steuerschätzung des Bundes und der Länder berücksichtigt, wird von der Landesregierung aufmerksam beobachtet.

Welche Auswirkungen sind nun von den aktuellen Konjunkturaussichten für den Landeshaushalt zu erwarten? Bedingt durch die nachlassende konjunkturelle Dynamik und die Steuerausfälle durch die Unternehmensteuerreform kann in den nächsten beiden Jahren im Landeshaushalt nur noch mit Steuereinnahmenzuwächsen in Höhe von rund 300 Millionen Euro per annum gerechnet werden. Im vergangenen Jahr waren es 993 Millionen Euro. Im Jahr 2006 stiegen die Steuereinnahmen um 763 Millionen Euro.

Die Steuereinnahmen wurden auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres angesetzt. Der Steuereinnahmenverlauf des laufenden Jahres zeigt, dass die Einnahmenerwartungen für 2008 deutlich übertroffen werden können. Gleichwohl liegt unsere Steuereinnahmenveranschlagung für 2009 lediglich auf der Höhe des Regionalisierungsergebnisses vom Mai.

Die für 2010 im Haushalt eingestellten Steuern unterschreiten das regionalisierte Ergebnis der Steuerschätzung sogar um 166 Millionen Euro. Der Abschlag dient der Absicherung gegen drohende Steuermindereinnahmen im Zusammenhang mit heute strittigen Besteuerungsfragen. Ich halte diese Veranschlagung im Rahmen des bislang unterstellten verhaltenen konjunkturellen Abschwungszenarios nicht für optimistisch. Ich warne allerdings auch davor, die Möglichkeit eines von der Finanzmarktkrise verursachten starken konjunkturellen Einbruchs zu negieren.

Die sonstigen Einnahmen im Regierungsentwurf belaufen sich in den beiden Haushaltsjahren auf jeweils knapp 2,1 Milliarden Euro. Auf die in der alten Finanzplanung noch vorgesehenen Einmalerlöse wird verzichtet. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Risiken haben wir allerdings die Möglichkeit zur Aktivierung von Vermögen im Haushaltsgesetz vorgesehen. Auf der Ausgabenseite engen die gestiegene Inflation und die höheren Zahlungen an die Kommunen den Konsolidierungsspielraum ein.

Ohne die Zahlungen an den landeseigenen Pensionsfonds steigen die Ausgaben um 2,3 % in 2009 und um 1,9 % in 2010. Angesichts der derzeitigen Preissteigerungsrate von rund 3 % ist dies ambitioniert.

Nur so sind die für die nächsten beiden Jahre vorgesehenen Konsolidierungsschritte in Höhe von 81 Millionen Euro in 2009 und 70 Millionen Euro in 2010 zu realisieren. Dabei entfallen rund zwei Drittel der Konsolidierung auf die weitere Anhebung der Vorsorgezahlungen an den Pensionsfonds und das restliche Drittel auf einen Abbau der Nettokreditaufnahme. Für 2008 erwarten wir eine um die Zahlungen an den Pensionsfonds bereinigte Nettokreditaufnahme in Höhe von 407 Millionen Euro. Diese soll in 2009 auf 309 Millionen Euro und in 2010 auf 239 Millionen Euro abgesenkt werden.

Dabei haben wir die Personalausgaben mit 4,941 Milliarden Euro in 2009 und 5,055 Milliarden Euro in 2010 so dotiert, dass das Versprechen der Landesregierung abgesichert ist, das Ergebnis des neu auszuhandelnden Tarifvertrages für die Beschäftigten der Länder ohne Veränderung auch für die Landesbeamten zu übernehmen.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Wissen Sie schon, wie hoch
der Tarifvertrag ist?)

Die Investitionen im Landeshaushalt steigen 2009 um 17 Millionen Euro auf 1,321 Milliarden Euro und im Jahr 2010 um weitere 25 Millionen Euro auf 1,346 Milliarden Euro. In den Landesbetrieben werden zusätzlich 343 Millionen Euro in 2009 und 305 Millionen Euro in 2010 investiert. Zusammen ergibt sich eine Investitionsquote von 12,6 % bzw. 12,2 %. Bereinigt man die kameralen Investitionen um den Aufbau des Finanzvermögens beim Pensionsfonds, verbleibt eine Investitionsquote von 10,5 % in 2009 und 10 % in 2010. Im Vergleich der westlichen Flächenländer liegen wir damit auf einem der vorderen Plätze.

Die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs steigen 2009 um 52 Millionen Euro auf 1,794 Milliarden Euro und in 2010 auf 1,833 Milliarden Euro. Für Zinsen werden wir in den nächsten beiden Jahren voraussichtlich jeweils 1,2 Milliarden Euro aufwenden müssen. Damit sind rund

9 % der Ausgaben im Landeshaushalt durch Zinsen gebunden.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen zusammen mit dem Regierungsentwurf für den Haushalt die Finanzplanung für die Jahre 2008 bis 2013 vorgelegt. Auch in den Finanzplanungsjahren 2011 bis 2013 werden die Rahmenbedingungen für eine weitere Konsolidierung des Haushalts nicht mehr so günstig sein wie in den vergangenen beiden Jahren. Vier wesentliche Punkte sind zu nennen.

1. In den Finanzplanungsjahren 2011 bis 2013 ergeben sich auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai 2008 Zuwächse von etwas über 470 Millionen Euro per annum. In den Jahren 2006 bis 2008 nahmen die Steuereinnahmen um jahresdurchschnittlich knapp 660 Millionen Euro zu. Im Vergleich sinkt damit das Konsolidierungspotenzial bereits um 180 Millionen Euro per annum.

2. Die Anzahl der Pensionäre wird ab 2009 deutlich zunehmen, ab 2011 ist mit einer weiteren Beschleunigung zu rechnen. Die Beamtenjahrgänge, die von 2013 bis 2020 die Regelaltersgrenze erreichen, sind außergewöhnlich starke Jahrgänge. Die größten übertreffen die Beamtenzahl eines Durchschnittsjahrgangs um ein Drittel. Ab 2011 werden sich diese starken Jahrgänge bereits in einer deutlichen Zunahme der Ruhestandsversetzungen bemerkbar machen. Für die Jahre 2011 bis 2013 ist deshalb mit einem jährlichen Anstieg der Pensionsausgaben um rund 80 Millionen Euro zu rechnen.

3. In den Jahren 2010 bis 2012 laufen Schuldpapiere des Landes aus, die sehr günstig finanziert waren. Für die Anschlussfinanzierung muss damit gerechnet werden, dass am Markt lediglich Zinssätze zu realisieren sein werden, die 1 bis 2 Prozentpunkte über dem vormaligen Zinsniveau liegen. Die Zunahme der Zinsausgaben aufgrund dieses Zinsstruktureffektes beläuft sich in den Jahren 2011 bis 2013 auf durchschnittlich rund 50 Millionen Euro. Insgesamt muss mit Zinsmehrbelastungen in Höhe von 85 Millionen Euro per annum gerechnet werden.

4. Die Kommunen werden nach vollständiger Tilgung des vom Land gewährten Verstetigungsdarlehens ab 2011 wieder deutlich höhere Zuwächse im kommunalen Finanzausgleich realisieren. Nach den Regeln des Stabilisierungsfonds steigen die garantierten KFA-Mittel um die durchschnittliche Steigerung der Landessteuern der vergangenen neun Jahre zuzüglich 3 Prozentpunkte. In den Jahren 2011 bis 2013 werden deshalb voraussichtlich Steigerungsraten in Höhe von 6 % beziehungsweise 7 % erreicht. Dies entspricht jahresdurchschnittlichen Zuwächsen des kommunalen Finanzausgleichs von rund 120 Millionen Euro. In den letzten Jahren waren es lediglich 17 Millionen Euro pro Jahr.

Insgesamt errechnen sich bei Pensionen, Zinsen und kommunalem Finanzausgleich jährliche strukturelle Mehrbelastungen in Höhe von 286 Millionen Euro. Bei gleichzeitig deutlich verminderten Steuereinnahmenzuwächsen gegenüber dem Konsolidierungszeitraum 2006 bis 2008 in Höhe von 184 Millionen Euro per annum wird deutlich, dass die bisherige Konsolidierungsgeschwindigkeit im Finanzplanungszeitraum nicht weiter durchgehalten werden kann.

Die Landesregierung strebt den ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2013 an. Wir wollen die Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt bis zum Jahr 2013 auf die Höhe der Vorsorgezahlungen an den landeseigenen Pensionsfonds beschränken. Dies ist gleichbedeutend mit einem ausgeglichenen Haushalt eines Landes ohne Pensionsvorsorge. Dies bedeutet auch, dass wir ab 2013 im Haushalt keine neuen Schulden mehr bei Dritten aufnehmen müssen. Da der Pensionsfonds seine Mittel in Landespapieren anlegt, werden wir sozusagen nur noch Kredite bei uns selbst aufnehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU –
Billen, CDU: Das machen wir jetzt schon!)

In der Ihnen vorliegenden Finanzplanung haben wir dargelegt, welche Bedingungen an diese Aussage geknüpft sind.

Zum einen müssen sich die vom Arbeitskreis „Steuerschätzung“ prognostizierten Steuereinnahmen realisieren. Das bedeutet auch, dass auf Bundesebene keine wesentlichen Steuersenkungen bis 2013 beschlossen werden. In unserer Finanzplanung haben wir gegenüber den regionalisierten Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ Risikoabschläge gebildet, die sich auf die schon genannten 166 Millionen Euro in 2010 belaufen und auf 219 Millionen Euro in 2013 anwachsen. Hierdurch sollen heute absehbare Steuereinnahmenrisiken neutralisiert werden.

Zweitens sind die konjunkturellen Schwankungen zu beachten. In der Steuerschätzung ist für die Jahre ab 2010 ein „konjunkturneutrales“ Wachstum auf dem Potenzialpfad zugrunde gelegt. Die prognostizierten Steuereinnahmen stellen keine auf der Basis eines erwarteten konkreten Konjunkturverlaufs berechneten Steuereinnahmen dar, sondern weitgehend konjunkturneutrale Steuereinnahmen. Die tatsächlich realisierten Steuereinnahmen und damit auch die realisierte Nettokreditaufnahme werden beziehungsweise wird um den konjunkturellen Effekt zu bereinigen sein. Hierzu werden zurzeit im Rahmen der Föderalismusreform II Verfahren diskutiert und praktikable Vorgehensweisen erarbeitet.

Um 2013 den ausgeglichenen Haushalt zu realisieren, ist für die Jahre 2009 bis 2013 eine weitere Konsolidierung des Landeshaushalts um 439 Millionen Euro geplant. Die Konsolidierungskomponenten setzen sich aus dem weiteren Ausbau der Vorsorge für zukünftige Pensionen und dem Abbau der Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt zusammen. Die jährlichen Zuflüsse an den Pensionsfonds sollen bis 2013 um 290 Millionen Euro ausgeweitet werden. Statt heute 321 Millionen Euro werden dann 611 Millionen Euro an Zuführungen und Zinsen an den Pensionsfonds fließen.

Die Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt soll bis 2013 gegenüber 2008 insgesamt um 168 Millionen Euro auf 560 Millionen Euro zurückgeführt werden. Ab dem Jahr 2013 nehmen wir damit keine Kredite mehr bei Dritten auf. Die Nettokreditaufnahme wird auf die Vermögensbildung im Pensionsfonds beschränkt. 50 Milli-

onen Euro Vorsorge werden 2013 bereits aus laufenden Einnahmen geleistet.

Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 ergibt sich eine Konsolidierungsleistung von rund 88 Millionen Euro per annum.

Die vorgesehenen Ausgabenzuwächse, die nach Abzug der erklärten strukturellen Vorbelastungen in den Jahren 2009 bis 2013 maximal zur Erreichung des ausgeglichenen Haushalts realisiert werden dürfen, sind äußerst ambitioniert. Die Ausgabenarten, die nach Abzug der Vorsorgezahlungen, Zinsverpflichtungen, der Pensionen und der Zahlungen des Landes im kommunalen Finanzausgleich verbleiben, stellen im Grunde die Mittel dar, die dem Land zur aktuellen Bereitstellung öffentlicher Landesaufgaben zur Verfügung stehen. Diese Ausgaben werden nur halb so stark wachsen können wie die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Wir werden also weitere reale Einsparungen vornehmen müssen.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr konnten alle neuen Länder und die finanzstarken Länder Baden-Württemberg und Bayern bereits ausgeglichene Haushalte realisieren. Viele werden sich die Frage stellen, warum Rheinland-Pfalz erst für 2013 einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt.

Die neuen Länder erhalten vom Bund im laufenden Jahr 10,2 Milliarden Euro Ergänzungszuweisungen, die ihre Finanzausstattung weit über die der anderen Länder hinaushebt, um die teilungsbedingten Infrastrukturnachteile aufholen zu können.

(Bracht, CDU: Nichts als Entschuldigungen! –
Pörksen, SPD: Eure Vorschläge kommen ja morgen!)

Diese Mittel werden bis 2019 schrittweise abgebaut. Hinzu treten die sogenannten Korb-II-Mittel, die sich auf insgesamt 51 Milliarden Euro im Zeitraum 2005 bis 2019 belaufen. Im Ergebnis liegen die bereinigten Einnahmen pro Einwohner auf Länderebene bei den ostdeutschen Flächenländern durchschnittlich um fast 1.300 Euro höher als im Durchschnitt der alten Flächenländer West. Hätte Rheinland-Pfalz die gleiche Ausstattung wie ein neues Land, hätte es 2007 einen Überschuss von über 4 Milliarden Euro ausgewiesen.

(Bracht, CDU: Super Vergleich, den Sie da anstellen!)

Der Überschuss von Sachsen, das in etwa so groß ist wie Rheinland-Pfalz, betrug dagegen nur 2 Milliarden Euro. Dieses Beispiel zeigt im Übrigen, welche Probleme die neuen Länder bis 2019 noch zu bewältigen haben.

(Wirz, CDU: Dann ist das doch falsch gewesen,
die Entscheidung!)

Auch zwischen finanzstarken und finanzschwachen alten Flächenländern bestehen deutliche Unterschiede in der Finanzausstattung. Die Finanzschwäche der Kommunen der ärmeren Länder wird – wie schon gesagt – über den Länderfinanzausgleich nur teilweise ausgeglichen. Da diese Ausgleichsmittel über die Länderhaushalte fließen, zeigt sich die Finanzschwäche der finanzarmen Flächenländer auf der reinen Länderebene nicht. Bei einer konsolidierten Betrachtung der Landes- und Gemeindeebene errechnen sich jedoch Einnahmenunterschiede zu den finanzstärkeren Ländern in einer Spanne von 300 bis 680 Euro je Einwohner. In Rheinland-Pfalz standen dem Land und seinen Kommunen auch nach Finanzausgleich seit dem Jahr 2000 jährlich rund 270 Euro pro Einwohner weniger an Einnahmen zur Verfügung als dem Durchschnitt der alten Länder einschließlich Gemeinden. 270 Euro mal 4 Millionen Einwohner sind 1,08 Milliarden Euro. Das hätten wir mehr, wenn wir eine durchschnittliche Finanzausstattung hätten.

(Billen, CDU: Wenn wir uns mit Luxemburg vergleichen, wo sind wir denn dann? –
Zuruf von der SPD: Es sprach
der Bankdirektor!)

Das heißt, auch eine durchschnittliche Finanzausstattung hätte bei Weitem genügt, um den Landeshaushalt 2007 im Plus abschließen zu können.

Im Übrigen, Vergleich zu Luxemburg: Die Luxemburger kommen sehr gern nach Rheinland-Pfalz, und ein Großteil der Einwohnerzuwächse kommt genau aus dieser Region. Das zeigt, dass man hier gut leben kann.

(Beifall der SPD –
Wirz, CDU: Das ist ja nicht die Frage!)

Meine Damen und Herren, die Ausgaben von Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz lagen 2007 deutlich unter dem Durchschnitt der alten Flächenländer. Bereinigt man die rheinland-pfälzischen Ausgaben um die im Ländervergleich in ihrem Umfang einmaligen Vorsorgeleistungen in Höhe von 74 Euro je Einwohner, lag das Land 2007 auf dem drittgünstigsten Rang – trotz einer überdurchschnittlichen Zinsbelastung.

Ich hoffe – ich hoffe dies zumindest; die Wirkung scheint nicht so groß zu sein –, ich konnte durch diese Ausführungen der Diskussion um die Finanzsituation des Landes zu etwas mehr Sachlichkeit verhelfen.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht! –
Ramsauer, SPD: Das hat sich schon gezeigt,
dass das nicht der Fall ist!)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle auch einige Bemerkungen zur Frage einer Schuldenbegrenzung und der rheinland-pfälzischen Position hierzu in der Föderalismusreformkommission.

Die derzeitigen Regelungen in Artikel 115 des Grundgesetzes und den Landesverfassungen sind zu weit gefasst und in Bezug auf die Berücksichtigung konjunktureller Schwankungen unbefriedigend.

Wir befürworten eine finanzwirtschaftlich sinnvolle Weiterentwicklung der Schuldenbegrenzung. Drei zentrale Bausteine sind zu nennen:

Erstens, die strukturelle Verschuldung muss messbar gemacht werden. Wir brauchen ein nachvollziehbares, streitunanfälliges Verfahren, das die konjunkturell verur-

sachten Defizite und Überschüsse identifiziert. Nur so lässt sich die strukturelle Verschuldung feststellen, kontrollieren und sinnvoll begrenzen, und nur so lässt sich sicherstellen, dass die automatischen Stabilisatoren des Staatsbudgets auch weiterhin ungestört ihre Wirkung entfalten können. Vor allem aber wird uns ein wirksames Konjunkturbereinigungsverfahren davor warnen, konjunkturelle Überschüsse für dauerhafte Mehrausgaben oder Steuersenkungen einzuplanen, die wir uns nicht leisten können.

(Ministerpräsident Beck: Sehr richtig!)

Wir haben hierzu für die Länderebene die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds vorgeschlagen, der sich am Modell des rheinland-pfälzischen Stabilisierungsfonds für die Kommunen orientiert.

Zweitens haben wir eine gesamtstaatliche Begrenzung der strukturellen Verschuldung auf 0,75 % des Bruttoinlandsprodukts vorgeschlagen, davon 0,25 % für die Länder. Ein vollständiges Verschuldungsverbot lehnen wir ab. Es muss weiterhin möglich sein, große Nettoinvestitionen auf die Schultern mehrerer Generationen zu verteilen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nochmals an die Herausforderungen der Konversion. Eine maximale Defizitquote von 0,75 % des Bruttoinlandsprodukts – rund 18 Milliarden Euro zurzeit – wäre im Übrigen alles andere als eine „weiche“ Vorgabe.

Abhängig vom zu erwartenden Wachstumspfad würde dies bedeuten, dass die Schuldenstandsquote von derzeit rund 63 % des Bruttoinlandsprodukts – 60 % lässt Maastricht zu – längerfristig auf 20 % bis 25 % sinken und sich damit im Vergleich zu heute mehr als halbieren würde.

Drittens ist eine gute Schuldenbegrenzung um eine Notfallregelung zu ergänzen, die die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisenzeiten sichert und nur mit Zustimmung einer breiten parlamentarischen Mehrheit aktivierbar wäre.

Eine neue Schuldenbegrenzung braucht darüber hinaus Übergangspfade und sehr begrenzt, mit hohen Auflagen versehen, Hilfen für diejenigen, die objektiv ohne Hilfen die neue Regelung nicht werden einhalten können, also insbesondere das Land Bremen. Eine sinnvolle Schuldenregelung muss Vorsorgeleistungen entsprechend ihrer finanzwirtschaftlichen Bedeutung anders als normale Ausgaben bewerten.

Meine Damen und Herren, wir haben mit unserer Finanzplanung die realistischen Perspektiven unseres relativ finanzschwachen Landes aufgezeigt, die Finanzen weiter zu konsolidieren. Dabei hält unser Ansatz die Balance zwischen Konsolidierung und Investitionen in die Zukunft.

Wir haben Ihnen unsere Vorstellungen einer finanzwirtschaftlich sinnvollen Schuldenbremse skizziert.

Wie steht es nun mit der finanzpolitischen Alternative der rheinland-pfälzischen CDU-Opposition?

(Zurufe von der SPD)

Seit Anfang des Jahres haben Sie Ihren Pressemitteilungen zufolge neunmal gefordert, Ausgaben zu erhöhen. In vier Pressemitteilungen fordern Sie mehr Personal. Ebenfalls viermal werden niedrigere Steuern propagiert, um dann dreimal festzustellen, dass das Land sich zu hoch verschulde.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD –
Licht, CDU: Wobei diese drei Mal zu wenig waren!)

In einem Fall werfen Sie der Landesregierung sogar Einsparabsichten vor. Besonders bemerkenswert ist es, Personalmehrausgaben von dauerhaft 80 Millionen Euro zu fordern und gleichzeitig die Landesregierung der hemmungslosen Ausgabenpolitik zu bezichtigen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ihr finanzpolitisches Konzept besteht darin, bei jeder Gelegenheit höhere Ausgaben zu fordern, nahezu gleichzeitig Steuersenkungen vorzuschlagen, um dann in der Synthese festzustellen, dass die Landesregierung zu viel Schulden mache.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

An dieser Stelle frage ich mich schon, wer der Bock ist und wer der Gärtner.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Sie haben nichts verstanden!)

Ihre Forderungen seit Anfang der Legislaturperiode addieren sich auf deutlich mehr als 2,5 Milliarden Euro neue Schulden im Jahr. Dies ist eine sehr vorsichtige Schätzung; denn da sind noch nicht Ihre vielfachen Forderungen, Steuern zu senken oder gar ganz abzuschaffen, inbegriffen.

(Bracht, CDU: Das ist sehr viel dummes Zeug,
Herr Minister!)

Bezieht man dies ein, kommt man – je nach Betrachtungsweise – auf ein Minimum von 3 Milliarden Euro und auf ein Maximum von 4 Milliarden Euro Haushaltsbelastung.

(Ramsauer, SPD: Es stimmt, das war
dummes Zeug!)

Um ein aktuelles Thema zu nehmen: Die Erbschaftsteuer, die Sie abschaffen wollen – eine reine Landessteuer –, kostet das Land jährlich, wenn sie abgeschafft würde – glücklicherweise haben Sie nicht die Mehrheit –, jährlich rund 200 Millionen Euro.

(Billen, CDU: Personaleinsparung!)

Sie fordern die Abschaffung. Aber Sie erklären nicht, wie Sie die Einnahmenlücke schließen wollen. Ob im Gegenzug weniger in innere Sicherheit, weniger in Bildung und Forschung oder weniger in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft investiert werden soll? – Keine Äußerung.

(Bracht, CDU: Wer ist denn hier an
der Regierung?)

Oder sind Sie der Meinung, dass der Wegfall der Erbschaftsteuer, die vor allem die Mitbürger trifft, die große Vermögen erben, ausnahmsweise öffentliche Kreditaufnahme erlaubt, deren Verzinsung ebenfalls denjenigen zufließt, die große Vermögen ansammeln konnten?

Wenn Sie die Abschaffung der Erbschaftsteuer propagieren, bedienen Sie zwar eine populistische Forderung, aber Sie handeln nicht im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall der SPD)

Die Landesregierung ist jedenfalls der Auffassung – – –

(Licht, CDU: Rechnen Sie einmal die Einsparungsvorschläge des Rechnungshofs zusammen!)

Die Landesregierung und auch die Bundeskanzlerin sind jedenfalls der Ansicht, dass zu einem gerechten Steuersystem auch eine maßvolle Besteuerung hoher Erbschaften gehört.

(Pörksen, SPD: Sehr vernünftig!)

Dabei geht es nicht um den Normalerbfall im Familienkreis.

Im Übrigen zeigt die Erfahrung der Finanzverwaltung, dass für die unterlassene Fortführung von Familienunternehmen nie die Zahlung von Erbschaftsteuer ursächlich ist. Die Aufgabe von Familienbetrieben im Erbfall ist vielmehr regelmäßig auf Auseinandersetzungen unter den Erben zurückzuführen.

Im Übrigen fordert der CDU-Vorsitzende in Rheinland-Pfalz mit seinem neuesten Vorschlag als Antwort auf den Absturz der CSU in Bayern öffentlich, nunmehr schnell die Einkommensteuer abzusenken und dafür die Haushaltskonsolidierung auf die lange Bank zu schieben.

(Baldauf, CDU: Das ist schon älter!)

Es sei denn, die Zeitung hat sich wieder einmal etwas aus den Fingern gesogen. Aber Interviews sind in aller Regel autorisiert.

(Bracht, CDU: Vielleicht sollten Sie einmal etwas zum Regierungsentwurf sagen!)

Meine Damen und Herren, diese Forderung ist mehr als entlarvend und zeigt, dass es nicht um das Wohl des Landes, sondern nur um Wahlkampftaktik geht.

(Beifall der SPD)

Wie die Wahl in Bayern gezeigt hat, durchschaut der Wähler solche durchsichtigen Spielchen allerdings sehr schnell.

(Dr. Weiland, CDU: Wie viel Prozent hat die SPD da?)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Chancen nutzen, die unser Land bietet. Wir wollen das Land und seine Menschen voranbringen. Wir nutzen die Vorteile unseres Landes im Wettbewerb um Unternehmen und junge Familien.

Wir haben gute Verkehrsanbindungen zu den benachbarten Ballungsräumen. Einzigartige Kulturlandschaften machen die Region als Wohn- und Erholungsraum interessant. Die Grundstückspreise sind niedrig. Die Infrastrukturversorgung vor Ort ist gut und günstig. Die Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz gehört zu den besten in ganz Deutschland.

(Beifall der CDU)

Nach den jüngsten Zahlen liegen wir bei der Betreuung der unter Dreijährigen bereits deutlich über 15 %.

(Frau Schmidt, CDU: Die Unterrichtsversorgung!)

Wir sind für junge Familien als Wohnort hochattraktiv. Der Zuzug gut ausgebildeter junger Familien steigert wiederum die Attraktivität des Landes für Unternehmen.

Vorhandene gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine gut ausgebaute, günstige Infrastruktur sind Pfunde, mit denen man im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen wuchern kann.

Wer mit offenen Augen durch das Land geht, sieht, dass unsere Strategie aufgeht.

Herr Billen, wie gesagt, schauen Sie sich den Zuzug von Luxemburgern in die Region Trier an. Sehen Sie sich die positive Entwicklung an, die Rheinhessen, die Rheinschiene und das nördliche Rheinland-Pfalz in den letzten 15 Jahren genommen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Zur weiteren Entwicklung der vorwiegend ländlichen Regionen des Landes investiert die Landesregierung im Zeitraum von 2008 bis 2010 insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro. Im Mittelpunkt stehen dabei die Mittelstandsförderung, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Förderung der Landwirtschaft.

Neue Technologien und Innovation sind die Basis für langfristige Erfolge in der Wirtschaftsentwicklung und für neue Arbeitsplätze. Wir fördern innovative Unternehmen, Unternehmensgründungen und Ansiedlungen mit zusammen 20 Millionen Euro in 2009 und 2010.

Das Land legt einen Innovationsfonds auf, der sich gezielt an junge Unternehmen richtet. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Einsatz moderner Technologien und Neuer Medien im Mittelstand.

Wir setzen Schwerpunkte bei der Entwicklung von Clustern in Branchen, bei denen Rheinland-Pfalz besondere Wettbewerbsvorteile besitzt. So wird im Westerwald der Innovationscluster Metall/Keramik aufgebaut. Im Bereich Nutzfahrzeuge gibt es bereits einen erfolgreichen Cluster.

Die Gesundheitswirtschaft ist mit ihrem Innovations- und Wachstumspotenzial ein wichtiger Zukunftsmarkt. Die

Gesundheitswirtschaft bietet neue, qualitativ hochwertige Beschäftigungschancen für die Rheinland-Pfälzer.

Gesundheits- und Wirtschaftsministerium haben deshalb die Initiative „Gesundheitswirtschaft“ gestartet. Ziel ist es, sektorübergreifend eine Wertschöpfungs- und Versorgungskette zu entwickeln und die Gesundheitswirtschaft als Leitbranche nach vorne zu bringen.

Zugleich ergeben sich Vorteile für die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger.

Für Wirtschaftsförderung, insbesondere des Mittelstandes, sind einschließlich EU- und Bundesmitteln im Doppelhaushalt 131 Millionen Euro vorgesehen. Um die Kapitalausstattung und den Kapitalzugang der mittelständischen Wirtschaft zu verbessern, ist die Einrichtung eines „Zukunftsfonds KMU“ geplant. Auch das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm dient der Stärkung der Eigenkapitalbasis im rheinland-pfälzischen Mittelstand. Die aktuelle Finanzmarktkrise in den USA unterstreicht dabei die Bedeutung unseres Engagements in diesem Bereich.

Wir fördern die wirtschaftsnahe Infrastruktur und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen in der einzelbetrieblichen Förderung. Die Förderung von Messen, Ausstellungen und der Aufbau internationaler Wirtschaftskontakte unterstützen unsere erfolgreiche Exportwirtschaft.

Im Rahmen der Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum und der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ fördern wir die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume und Agrarumweltmaßnahmen mit jeweils mehr als 90 Millionen Euro in 2009 und 2010.

Für die Breitbandinitiative zur besseren Versorgung der ländlichen Räume mit schnellen Internetanschlüssen stellen wir im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ in diesem und in den kommenden vier Jahren insgesamt 10 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln bereit.

Der Tourismus ist in Rheinland-Pfalz mit 6,2 Milliarden Euro Umsatz und 190.000 Arbeitsplätzen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Im Jahr 2007 besuchten 7,6 Millionen Gäste mit mehr als 21 Millionen Übernachtungen sowie rund 190 Millionen Tagesgäste die touristischen Regionen des Landes. Zur Fortentwicklung dieses Wirtschaftszweiges wurde das erste gemeinsame rheinland-pfälzische Tourismuskonzept entwickelt, dessen Schwerpunkte die heute aktuellen Bereiche Wandern, Radfahren, Wellness und die rheinland-pfalz-typischen Themen „Wein“ und „Genuss“ bilden. Wir sind stolz darauf, allen Gästen unser schönes Land zu präsentieren und gemeinsam mit ihnen unsere Feste zu feiern.

(Beifall der SPD)

Wir fördern die touristische Infrastruktur und unterstützen Marketingmaßnahmen mit insgesamt über 8 Millionen Euro jährlich. Daneben wird die Bundesgartenschau in Koblenz im Jahr 2011, die das Land mit bis zu 49 Millionen Euro fördert, Besucher anziehen und die Attraktivität des Landes weiter erhöhen.

Rheinland-Pfalz ist ein Land ohne Ballungsräume, ein Zusammenschluss vorwiegend ländlicher Regionen. Um die Chancen des Landes optimal zu nutzen, sind Ausbau und Erhalt einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung.

Nur wenn die Verkehrsverbindungen in die vier benachbarten und prosperierenden Wirtschaftsregionen Rhein-Main, Rhein-Neckar, Köln-Bonn und Luxemburg attraktiv sind, wird es weiterhin gelingen, über Unternehmensansiedlungen und Zuzug junger Familien von der überdurchschnittlichen Wachstumsdynamik dieser Zentren zu profitieren.

Dem Landesbetrieb Mobilität stehen für Erhalt, den Um- und Ausbau sowie für Neubaumaßnahmen im rheinland-pfälzischen Straßennetz allein im Doppelhaushalt 2009/2010 rund 780 Millionen Euro zur Verfügung. Für den öffentlichen Personennahverkehr werden im neuen Doppelhaushalt 800 Millionen Euro insbesondere aus Regionalisierungsmitteln bereitgestellt. Ziel ist es, das Erfolgsmodell Rheinland-Pfalz-Takt trotz Kürzung der Bundesmittel zum Rheinland-Pfalz-Takt 2015 weiterzuentwickeln.

(Beifall der SPD)

In Rheinland-Pfalz wohnt es sich im Vergleich der alten Flächenländer am besten. Bei allen wesentlichen Indikatoren zur Wohnsituation belegen wir im Ländervergleich Spitzenwerte. Wir haben die größten und die zweitmodernsten Wohnungen. Bei der Eigentumsquote liegen wir auf Platz zwei. Mieten und Bauland sind günstig. Kein anderes Land kann diese Werte aufzeigen.

Über die Wohnungsbauprogramme des Landes fördern wir insbesondere die Eigentumsbildung bei einkommensschwächeren Familien, günstige Mietwohnungen und die Modernisierung des Wohnungsbestandes. Durch unsere Zinsgarantieprogramme gelingt es, mit 16 Millionen Euro jährlich ein Kreditvolumen von 118 Millionen Euro per annum zu fördern und Zinssicherheit für 15 Jahre zu geben.

(Beifall der SPD)

Darüber hinaus stehen in den beiden Haushaltsjahren jeweils weitere 19 Millionen Euro Fördermittel bereit. In den nächsten beiden Jahren werden insgesamt jeweils 6.200 Wohnungen gefördert werden.

Bildung ist der zentrale Schlüssel für mehr Wachstum in der Zukunft. Ohne Investitionen in Forschung, ohne solide ausgebildete Fach- und Führungskräfte, ohne eine breite Fremdsprachenkompetenz und ohne Investitionen in die soziale Kompetenz der jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger werden heute die Chancen für die Zukunft nicht genutzt.

Eine besondere Herausforderung im Bildungsbereich stellt der im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung absehbare Fachkräftemangel dar. Rheinland-Pfalz verzichtet auf Studiengebühren, um junge

Menschen nicht durch eine zusätzliche Ausgabenbelastung von einer langen Ausbildung abzuschrecken, die ohnehin mit einem hohen anfänglichen Einkommensverzicht während der Studienzeit verbunden ist.

(Beifall der SPD)

Zugleich stärkt das Land die Finanzen der Fachhochschulen und Universitäten. Das seit 2005 etablierte Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ wurde für den Zeitraum 2009 bis 2013 auf jährlich 40 Millionen Euro aufgestockt und wird aktuell um ein Sondervermögen in Höhe von 200 Millionen Euro ergänzt. In den Jahren 2009 bis 2013 erhalten die Hochschulen und Forschungseinrichtungen damit zusätzlich insgesamt 400 Millionen Euro.

Aus dem Sondervermögen sollen 200 zusätzliche Stellen finanziert sowie die Spitzenforschung und die Forschungsinfrastruktur weiter verbessert werden. Rheinland-Pfalz ist bisher das einzige westdeutsche Flächenland, welches seine Ziele im Bund-Länder-Hochschulpakt erfüllt.

(Beifall der SPD)

Bis 2010 wird Rheinland-Pfalz zur Erfüllung seiner Verpflichtungen 28 Millionen Euro zur Verfügung stellen, die in gleicher Höhe vom Bund kofinanziert werden. Wir werden bis 2010 die Zahl der Studierenden gegenüber 2005 um 5.800 erhöhen.

Deutliche Mittelerhöhungen erfahren auch die überregionalen Forschungsinstitute im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation. Der Ausbau der rheinland-pfälzischen Forschungslandschaft wird damit weiter vorangetrieben.

Für den Hochschulbau stehen beim Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung 155 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre zur Verfügung. Unter anderem sind an der Mainzer Uni für den zweiten Bauabschnitt des Neubaus „Physikalische Chemie“ allein 17 Millionen Euro und für den Neubau „Sozialwissenschaften“ 11 Millionen Euro vorgesehen.

Auch an den Fachhochschulen Koblenz, Mainz, Worms und Kaiserslautern stehen in den nächsten beiden Jahren für die laufenden größeren Baumaßnahmen jeweils zweistellige Millionenbeträge zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wer das Land voranbringen will, braucht eine gute, kostenbewusste und moderne Verwaltung. Die rheinland-pfälzische Steuerverwaltung hat seit Beginn der 90er-Jahre wiederholt und aufeinander aufbauend ihre Modernisierung vorangetrieben, moderne Steuerungsinstrumente eingesetzt und die Verwaltung verschlankt. Von 2003 bis 2007 hat eine Bündelung aller Reformbestrebungen und Ideen im Projekt Finanzverwaltung stattgefunden. Ziel ist es, steuerehrliches Verhalten zu fördern und steuerunehrliches Verhalten nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. angemessen darauf zu reagieren.

Im Rahmen des Reformprozesses wurde in Rheinland-Pfalz die Anzahl der Finanzämter, der Finanzkassen und der Grunderwerbsteuerstellen deutlich zurückgeführt. Durch die konsequente Ausstattung mit moderner Informationstechnik und Umsetzung der Reformmaßnahmen war es möglich, seit 1997 den Personalbestand um rund 12,8 % abzubauen, das heißt 940 Vollzeitkräfte einzusparen und trotzdem zugleich die Außendienste, also Steuerfahndung, Betriebsprüfung und Umsatzsteuersonderprüfung, kontinuierlich zu verstärken und zu verbessern.

Die Öffnungszeiten der Finanzämter wurden verlängert und der Bürgerservice ausgebaut. Die rheinland-pfälzischen Steuerzahler bewerten diese Anstrengungen positiv. In einer Befragung von 14.500 Bürgerinnen und Bürgern im Frühjahr dieses Jahres erhielten die Finanzämter die Note 1,53 – also fast die 1. 2002 lag die Bewertung noch bei 1,93.

Aufgrund der bundesweit fortschreitenden Vereinheitlichung der steuerlichen Verfahren zu KONSENS – ein Name für dieses Verfahren – hat sich Rheinland-Pfalz dazu entschlossen, die Verfahren des sogenannten EOSS-Verbundes, dem die meisten Länder angehören, zu übernehmen, da viele Teile des Verfahrens Grundlagen der künftigen KONSENS-Verfahren sein werden.

Die Zentralstelle IT-Management, Multimedia, eGovernment und Verwaltungsmodernisierung koordiniert den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik in der Landesverwaltung. Sie ist damit für die zukünftige Weichenstellung der kompletten IT-Infrastruktur zuständig. Die Zusammenführung von IT-Kompetenz und IT-Finanzmitteln durch die Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung vom 18. Mai 2006 war richtungsweisend und bundesweit einmalig.

(Beifall der SPD)

Mit der Neuordnung der IT-Strukturen ist die Zentralstelle für IT und Multimedia gemeinsam mit dem Landesbetrieb Daten und Information in der Lage, sehr günstige landesweit geltende Rahmenverträge für verschiedene IT-Produkte abzuschließen. Einsparungen werden unter anderem für das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ genutzt.

Über ihre internen Aufgaben hinaus agiert die Zentralstelle für IT und Multimedia mit ihrer Multimediainitiative als Impulsgeber für die Weiterentwicklung des innovativen IT-Standorts Rheinland-Pfalz, unter anderem beim Ausbau der Breitband-Infrastruktur.

Meine Damen und Herren, wir bieten allen Rheinland-Pfälzern eine Chance, egal wo und in welchem Elternhaus sie geboren wurden. Wir stehen für Chancengleichheit, egal ob Mann oder Frau, arm oder reich, jung oder alt, behindert oder nicht. Wir tun dies aus sozialdemokratischer Überzeugung und weil wir an das Potenzial jedes Einzelnen glauben.

(Beifall der SPD)

Der Ausbau der Ganztagsschulen wird in Rheinland-Pfalz weiter vorangetrieben. Zu den 458 Ganztagsschulen in Angebotsform werden in 2009 und 2010 jeweils rund 50 Schulen hinzukommen. In diesem Rahmen

werden auch weitere achtjährige Gymnasien in Verbindung mit einer Ganztagsschule eingerichtet.

Bis zum Jahr 2011 soll mindestens ein Drittel aller Schulen über ein Ganztagsangebot verfügen. Der zugehörige Haushaltsansatz steigt im Doppelhaushalt von bislang 58 Millionen Euro auf 67 Millionen Euro in 2009 und 72 Millionen Euro in 2010.

Die Unterrichtsversorgung wird auch in 2009/2010 auf gutem Niveau sichergestellt.

(Bracht, CDU: Immer diese Märchen!)

Es stehen ausreichende Stellen und Vertretungsmittel zur Verfügung.

(Beifall der SPD)

In das Qualitätsmanagement an Schulen investieren wir im Doppelhaushalt 41 Millionen Euro, 14 Millionen Euro in Schulsozialarbeit und 102 Millionen Euro in den Schulbau.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des veränderten Bildungswahlverhaltens sind Veränderungen in der Schulstruktur unvermeidbar. Wir warten aber nicht ab, sondern steuern diesen Prozess aktiv und verbinden ihn mit vielen qualitativen Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler.

(Beifall der SPD)

Hierzu werden ab dem Schuljahr 2009/2010 Realschulen und Hauptschulen landesweit zu Realschulen plus weiterentwickelt. Die neuen Realschulen plus erhalten eine verpflichtende gemeinsame Orientierungsstufe für alle Schülerinnen und Schüler, in der die maximale Klassengröße bei 25 Schülern liegt. Die Verbesserungen sind im neuen Doppelhaushalt finanziell und personell gut abgesichert.

Rheinland-Pfalz realisiert als erstes Land die vollständige Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuchs.

(Beifall der SPD)

Das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ steht für die bedarfsgerechte und schnelle Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für Zweijährige ab 2010 und für Einjährige ab 2013. Wir entlasten die jungen Familien und sichern den freien Zugang zu Bildungseinrichtungen auch für die Kleinsten.

Familienpolitisch wirkt die Beitragsfreiheit des Kindergartens unmittelbar als finanzielle Entlastung junger Familien. Gerade in der Phase der Familiengründung sind durchschnittlich 700 Euro Elternbeitrag jährlich kein kleiner Betrag. Mit dem Ausbau der Kindertagesstätten und der Beitragsfreiheit erleichtern wir die Entscheidung für Kinder. Dies ist eine der Antworten dieser Landesregierung auf den demografischen Wandel.

(Beifall der SPD)

Der Beitrag der Familien für die Gesellschaft verdient unsere Anerkennung und Unterstützung.

Die Haushaltsansätze für unsere Kindertagesstätten betragen 345 Millionen Euro in 2009 und 379 Millionen Euro in 2010. Gegenüber dem Ansatz für 2008 steigen die Mittel bis 2010 um 39 %. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz partizipieren am Bundesinvestitionsprogramm zur Kinderbetreuungsfinanzierung seit diesem Jahr bis 2013 mit jährlich etwa 18 Millionen Euro.

Die Erziehungshilfeoffensive und die Aktion „Viva Familia“ sichern landesweit den Lebens- und Entfaltungsraum der Familie. Sie verbessern deren Lebensbedingungen und stärken die Erziehungskompetenz der Familie.

Bundesweite Maßstäbe setzt Rheinland-Pfalz mit dem Landesgesetz zum Schutz des Kindeswohls und der Kindergesundheit. Es ist das einzige Gesetz, das nicht nur die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen verbindlich regelt, sondern auch vernetzte Strukturen vor Ort schafft, um Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Ziel unserer Familienpolitik ist es, gerade Kindern, die in prekären Verhältnissen leben, zu helfen.

Hierfür setzen wir im Doppelhaushalt 5,5 Millionen Euro ein. Insgesamt sind es über 223 Millionen Euro allein im Einzelplan 06, mit denen 2009/2010 die Familien in Rheinland-Pfalz maßgeblich unterstützt werden sollen.

(Beifall der SPD)

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den anderen westlichen Flächenländern zwar deutlich unterdurchschnittlich, die Anstrengungen des Landes zur Integration seiner ausländischen Mitbürger sind dafür umso größer.

Das im Juli 2007 vorgestellte Integrationskonzept der Landesregierung bildet die Leitlinie der Integrationspolitik in der Legislaturperiode bis 2011. Ziel der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik ist die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: Bildung, Ausbildung und Arbeit ebenso wie an politischen, kulturellen und sozialen Angeboten.

Sprachbarrieren sind als zentrale Ursache für schlechtere Chancen neuer Mitbürger identifiziert. Die Landesregierung investiert in junge Menschen aus Migrantenfamilien, weil sie an deren Potenzial glaubt. Jeder im Vorschulalter in die Sprachförderung investierte Euro zahlt sich später aus, insbesondere, aber nicht nur bei Migrantenkindern.

So werden bereits in den Kindertagesstätten im Rahmen des Landesprogramms „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ jährlich 8 Millionen Euro in das flächendeckende Sprachförderprogramm investiert, bei dem Kinder mit und ohne Migrationshintergrund Sprachförderung erhalten.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Sehr gut!)

Darüber hinaus wird die Landesregierung weiterhin Sprachförderung für Erwachsene anbieten; denn das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für die berufliche und gesellschaftliche Integration von Migranten und ergänzt die bundesfinanzierten Integrationskurse.

(Beifall der SPD –
Dr. Rosenbauer, CDU: Eine Weiterentwicklung!)

Die vom Land geförderten Migrationsfachdienste decken Handlungsfelder ab, die für den Integrationsprozess von besonderer Bedeutung sind. Dazu zählen im Wesentlichen die Antidiskriminierungsarbeit, die Konfliktbearbeitung und die fachspezifische Beratung sowie die Felder interkulturelle Öffnung und berufliche Integration.

Fast 1,5 Millionen Menschen in über 6.200 Vereinen gehen in Rheinland-Pfalz ihrem Sport nach. Die Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag auf den Feldern der Integration, Jugendarbeit und der Gesundheitsförderung. Das Land fördert die Arbeit des Landessportbunds und seine Projekte im Doppelhaushalt mit 34 Millionen Euro.

Eine moderne Sportstätteninfrastruktur ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der Vereine und Schulen. Gleichzeitig bedeutet sie Lebensqualität für alle Mitbürger. Im Bereich der Hallen- und Freibäder besteht noch ein erheblicher Sanierungsstau. Die Landesregierung hat zur Bekämpfung ein Sanierungsprogramm aufgelegt, das von den Kommunen hervorragend angenommen wird. Für Investitionen in den Sportstättenbau stehen 2009 und 2010 zusammen rund 32 Millionen Euro zur Verfügung.

(Beifall der SPD)

Im Einzelplan 09 sind darüber hinaus noch einmal 25 Millionen Euro für den Schulsport vorgesehen.

Die Herstellung tatsächlicher Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist eines der Leitziele der Landesregierung. Hierfür stehen 2009/2010 rund 4 % mehr Mittel als 2008 zur Verfügung. Schwerpunkt bleiben die Bereiche „Frauen und Arbeitsmarkt“ und die „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“. Wir ermuntern junge Frauen, sich von Anfang an stärker hin zu zukunftsfesten Berufen zu orientieren.

Ergänzend zu den bisherigen arbeitsmarktpolitischen Programmen für Frauen führt die Landesregierung eine Kampagne „Die zweite Karriere“ zur Förderung der Berufsrückkehr nach der Familienphase durch. Damit kommen wir nicht nur dem Wunsch vieler Frauen nach, sondern die Rückkehr der Frauen in den Beruf hilft auch, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Das Netz der Schutz- und Hilfsangebote für Frauen, die von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffen sind, wird 2009/2010 noch verstärkt werden. Die flächendeckende Versorgung mit Interventionsstellen – spezialisierten Beratungsstellen, die von sich aus Kontakt mit den Opfern von Beziehungsgewalt aufnehmen – soll mit dem Ausbau auf dann 15 Einrichtungen abgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren, Arbeit ist eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe am Wohlstand unserer Gesellschaft. Wir kämpfen dafür, dass möglichst viele Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz entstehen, und wollen, dass niemand vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird.

(Beifall der SPD)

Seit vielen Jahren weist Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Arbeitslosenquote im Ländervergleich aus. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 2006 deutlich gesunken. 2006 waren im Jahresdurchschnitt noch 162.960 Menschen arbeitslos. 2007 waren es nur noch 133.676. Die Arbeitslosenquote fiel von 8 % auf 6,5 % und liegt aktuell nur noch bei 5,2 %.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Auch die spezifischen Problemgruppen des Arbeitsmarktes konnten von dieser positiven Entwicklung profitieren. So sank die Zahl der registrierten jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren im Jahresvergleich 2006/2007 um 25,8 %. Die Zahl der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer sank im gleichen Zeitraum um 15,5 % und die Zahl der älteren Arbeitslosen ab 50 Jahre um 15,4 %.

Nach wie vor aber profitieren vor allem Kurzzeitarbeitslose vom Aufwärtstrend, da sie eine größere Nähe zum Arbeitsmarkt aufweisen als die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Übrig bleiben Langzeitarbeitslose, die nur über längere Zeiträume aktiviert und an den Arbeitsmarkt herangeführt werden können.

Besonders betroffen sind auch einzelne Zielgruppen wie beispielsweise Ausländerinnen und Ausländer, deren spezifische Arbeitslosenquote deutlich über der Gesamtarbeitslosenquote liegt. Aber auch Jugendliche und ältere Arbeitslose gehören zu den spezifischen Problemgruppen. Wir unterstützen und fördern diese spezifischen Zielgruppen, um jedem eine Chance zu geben. Einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente des Landes liefert der Europäische Sozialfonds, über den in der neuen Förderrunde von 2007 bis 2013 rund 114 Millionen Euro nach Rheinland-Pfalz fließen werden.

Zuletzt ist es gelungen, über rund 800 geförderte arbeitsmarktpolitische Projekte jährlich rund 40.000 Personen in Rheinland-Pfalz zu erreichen. Wie gesagt, es sind aber derzeit noch gut 100.000 Arbeitslose übrig. – Dies nur zur Relation.

Wir wollen auch weiterhin Ausbildungs- und Arbeitsplätze sichern, gegen die Ausgrenzung besonderer Zielgruppen angehen und nach Kräften den Strukturwandel positiv gestalten. Im Doppelhaushalt 2009/2010 werden hierfür im Einzelplan des Arbeitsministeriums rund 65 Millionen Euro aufgewendet. Zusätzlich stehen im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums jeweils 11,5 Millionen Euro pro Jahr für berufliche Bildung und Ausbildung bereit.

Um die gleichberechtigte Einbeziehung behinderter Menschen in allen Lebensbereichen zu erreichen, hat das Land bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen.

Im Mittelpunkt unserer Politik für Menschen mit Behinderungen stehen die Ziele Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung. Rheinland-Pfalz hat als eines der ersten Bundesländer das persönliche Budget modellhaft eingeführt. Damit können behinderte Mitbürger individuell die benötigten Hilfen einkaufen. 2009/2010 sind dafür je Jahr rund 17 Millionen Euro eingeplant.

Zahlreiche Menschen mit Behinderungen nutzen auch das Budget für Arbeit, das ihnen als Alternative für Behindertenwerkstätten den Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet. 2009/2010 stehen dafür 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

2.200 Plätze des betreuten Wohnens werden in Rheinland-Pfalz von Menschen mit Behinderungen genutzt, wofür der Doppelhaushalt über 9 Millionen Euro bereithält.

Meine Damen und Herren, die Chancen für nachfolgende Generationen wahren wir nur, wenn wir schon heute nachhaltig wirtschaften.

(Beifall bei der SPD)

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, mit den Ressourcen unserer Kinder schonend umzugehen. Wir konsolidieren deshalb den Landeshaushalt, wir betreiben Vorsorge für zukünftige Pensionslasten, schützen und entwickeln unser kulturelles Erbe und investieren in Natur- und Klimaschutz. Nachhaltiges Wirtschaften heißt auch, dass wir unseren Kommunen, die den Löwenanteil der öffentlichen Infrastruktur bereitstellen, ausreichende und verlässlich planbare Mittel zur Verfügung stellen.

Weltweit steigende Energienachfrage und die politische Instabilität in wesentlichen Förderregionen stellen zunehmend Risiken für die Versorgungssicherheit dar. Steigende Energiepreise belasten die Mitbürger mit kleinen und mittleren Einkommen überproportional. Steigende CO_2-Emissionen gefährden durch die Klimaänderung die Lebensgrundlagen.

Die rheinland-pfälzische Klimaschutz- und Energiestrategie basiert auf den vier Eckpfeilern Energie einsparen, Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energien ausbauen und die eigene Energieversorgung im Land stärken. Durch konzeptionelle Arbeit, Aufklärung, Beratung und Qualifizierung sowie durch eine innovative Technologieförderung werden die Weichen für die Energiewende gestellt. Kommunen, die Wissenschaft und die mittelständische Wirtschaft sind dabei strategische Partner. Im Doppelhaushalt 2009/2010 stellt das Land hierfür rund 20 Millionen Euro bereit.

(Beifall der SPD)

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze. Deutsche Unternehmen haben bei der Entwicklung von Produkten zur alternativen Energiegewinnung vielfach weltweit eine Spitzenposition inne. Der Ausbau der Bioenergien, der solaren Warmwasserbereitung und auch die Förderung der Windenergie stärken den ländlichen Raum und schaffen Einkommen und Arbeitsplätze im Land.

Mit einem Finanzvolumen von insgesamt rund 24 Millionen Euro wird der Naturschutz auf hohem Niveau fortgesetzt. Ziel ist es, Natur und Landschaft im besiedelten und unbesiedelten Bereich weiterzuentwickeln, zu pflegen und zu schützen.

Der Landesbetrieb Landesforsten leistet dazu in Rheinland-Pfalz einen zentralen Beitrag. Zur Erfüllung seiner waldgesetzlichen Aufgaben und seines Leistungsauftrages erhält er im Doppelhaushalt 150 Millionen Euro. Der Zuschussbedarf konnte durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Landesbetriebes weiter zurückgeführt werden.

Durch die Integration von Naturschutzaspekten in die Landnutzungen tragen wir den Naturschutz in die Fläche. Naturschutzgroßprojekte wie im „Bienwald“ oder „Mayener Grubenfeld“, Maßnahmen in den sieben Naturparks des Landes und im Weltkulturerbe Mittelrheintal tragen entscheidend zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei.

(Staatsministerin Frau Ahnen bringt dem Redner ein Glas Wasser)

– Vielen Dank, da kann ich nicht mehr ablehnen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Licht, CDU: Wenigstens einer, der Ihnen das Wasser reichen kann! – Baldauf, CDU: Nehmen Sie Kaffe, dass es spannender wird!)

Unter dem Dach der „Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz“ wurden und werden die Bereiche Denkmalpflege, Archäologie, Burgen, Schlösser, Altertümer sowie die drei Landesmuseen zu einer Einheit zusammengefasst. Im Doppelhaushalt wird dies durch ein neues Kapitel – ausgestattet mit einem Volumen von 30 Millionen Euro je Haushaltsjahr – umgesetzt.

Das Arp Museum wird zukünftig in alleiniger Verantwortung des Landes betrieben. Hierzu hat die Landesregierung mit Wirkung vom 5. August 2008 die „Landes-Stiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck“ gegründet. Ab 2009 werden der Stiftung Mittel in Höhe von knapp 3 Millionen Euro pro Jahr zugewiesen.

Das Land hat die Kommunen in den Jahren 2001 bis 2005, die durch enorme Steuerrückgänge geprägt waren, durch die Verstetigungsdarlehen vor einem Absinken der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs abgeschirmt. Mit dem Beistandspakt und dem Stabilisierungsfonds haben wir den Gemeinden ab 2005 einen Mindestaufwuchs der KFA-Mittel von 1 % garantiert.

(Beifall der SPD)

Insgesamt summierten sich die vom Land gewährten Darlehen auf 688 Millionen Euro.

Seit 2008 zahlen die Kommunen die Darlehen zurück. Für die Rückzahlungsphase stellt die Landesregierung nun durch die Fortentwicklung des Stabilisierungsfonds höhere Zuwachsraten in Aussicht.

Im Jahr 2009 steigt die Finanzausgleichsmasse um 52 Millionen Euro. 2010 werden den Kommunen 91 Millionen Euro mehr als 2008 zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2010 werden die Kommunen das Verstetigungsdarlehen voraussichtlich vollständig getilgt haben. Danach steigen die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs nach den Regeln des Stabilisierungsfonds um 6 bis 7 % per annum. Das sind jährliche Zuwächse deutlich oberhalb von 100 Millionen Euro.

Der aktuell noch angespannten finanziellen Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz wird damit wirksam gegengesteuert. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen konnte Dank der Absenkung der Gewerbesteuerumlage, der guten Konjunktur und des Beistandspaktes in den vergangenen Jahren von 713 Millionen Euro in 2003 auf nur noch 174 Millionen Euro in 2007 abgesenkt werden.

Alle Länder sehen sich mit dem Problem steigender Pensionsausgaben konfrontiert. Rheinland-Pfalz hat als erstes Land bereits vor 12 Jahren geeignete Maßnahmen ergriffen und einen Pensionsfonds eingerichtet. Für jeden nach dem 30. September 1996 neu eingestellten Beamten und Richter werden dem landeseigenen Pensionsfonds versicherungsmathematisch berechnete Vorsorgebeträge zugeführt. Diese Zahlungen und die im Pensionsfonds erwirtschaftete Verzinsung dienen später der Vollfinanzierung der Pensionen der betroffenen Beamten.

(Beifall der SPD)

Die Nettozuflüsse an den Pensionsfonds betragen im Jahr 2009 386 Millionen Euro und im Jahr 2010 434 Millionen Euro. In 2010 werden rund ein Drittel der Landesbeamten und darüber hinaus viele beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbetriebe von dem landeseigenen Pensionsfonds erfasst sein. Der Vermögensstand des Fonds wird sich dann auf rund 2,3 Milliarden Euro belaufen; bis 2013 wird er voraussichtlich auf rund 4 Milliarden Euro anwachsen.

In den letzten drei Jahren haben elf weitere Länder nachgezogen und sich nun, mehr als zehn Jahre nach Rheinland-Pfalz, auch diesem Problem zugewandt – ohne allerdings eine in ihrer Höhe annähernd vergleichbare Vorsorgeleistung zu schultern. Dabei beläuft sich die latente implizite Verschuldung der Länder bei ihren Beschäftigten für bereits erdiente Pensionsansprüche auf Größenordnungen, die deutlich über der expliziten, sichtbaren Verschuldung liegen. Im Übrigen ist das Verhältnis der impliziten zur expliziten Verschuldung in den finanzstarken Ländern besonders ungünstig.

Meine Damen und Herren, erst der wirksame Schutz vor Naturkatastrophen, Krankheiten und Verbrechen versetzt uns in die Lage, unser Land weiterzuentwickeln. Vieles wird heute für selbstverständlich gehalten. Nachlässigkeiten in der Basissicherung können uns jedoch schnell teuer zu stehen kommen.

Innere Sicherheit und ein funktionierender, leistungsfähiger Rechtsstaat sind Standortvorteile, die Unternehmen nach den Erfahrungen mit den Betriebsverlagerungen der vergangenen Jahre an Deutschland neu schätzen gelernt haben. Innere Sicherheit ist eine der Basisvoraussetzungen für unser Zusammenleben. Im Doppelhaushalt wendet das Land rund 2,6 Milliarden Euro für Innere Sicherheit und Justiz auf.

Die Landesregierung hat in der Regierungsvorlage die Voraussetzungen geschaffen, um in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 325 Polizeikommissaranwärterinnen und Polizeikommissaranwärter einstellen zu können.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Damit wird die Mindeststärke von 9.000 ausgebildeten Polizisten gewährleistet.

(Beifall der SPD –
Dr. Weiland, CDU: Wie ist denn der Saldo?)

Mit den im kommenden Doppelhaushalt vorgesehenen 375 Stellenumwandlungen bei der Schutzpolizei wird die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei vollendet.

(Beifall der SPD)

Im Bundesvergleich nimmt Rheinland-Pfalz damit einen Spitzenplatz ein.

Schnelle und sichere Kommunikation ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Sicherheitskräfte. Bund und Länder werden bis 2010 ein gemeinsames, bundesweit einheitliches digitales Sprech- und Datenfunksystem für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben einführen. Für die Realisierung dieser Maßnahme hat die Landesregierung 47,5 Millionen Euro in den Doppelhaushalt 2009/2010 eingestellt.

Zur Umsetzung des Sicherheitskonzeptes P.R.O. sieht der Doppelhaushalt 2009/2010 personelle Verstärkungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften vor. Hierzu sind in der Regierungsvorlage für die beiden Haushaltsjahre 50 neue Stellen für Richter, Staatsanwälte sowie Sozialarbeiter vorgesehen und die dafür erforderlichen Mittel im Personalkostenbudget berücksichtigt.

(Beifall der SPD)

Auch die Sach- und Personalausstattung des Strafvollzugs wird in den kommenden beiden Haushaltsjahren verbessert. Zur Umsetzung des neuen Landesjugendstrafvollzugsgesetzes werden 89 Stellen benötigt. Es handelt sich um Stellen für Psychologen, Sozialarbeiter, Pädagogen und Anwärterstellen des allgemeinen Justizvollzugsdienstes. Die personelle Situation im Rechtspflegerdienst wird mit zusätzlichen 20 Stellen in den Haushaltsjahren 2009/2010 verbessert.

Im Justizvollzugskrankenhaus Wittlich richten wir eine Abteilung zur Krisenintervention für psychisch auffällige Strafgefangene ein, in der JVA Ludwigshafen eine forensische Ambulanz. In Trier ist geplant, ein Modellprojekt mit pro familia zum Aufbau einer Therapieambulanz für Sexualstraftäter zu fördern.

Das Bauprogramm zur Modernisierung des rheinland-pfälzischen Strafvollzugs wird weitergeführt. Im Wirt-

schaftsplan des LBB sind in den nächsten beiden Jahren Investitionen in Höhe von 61 Millionen Euro vorgesehen. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Neubaumaßnahmen der Justizvollzugsanstalt Wittlich mit 36 Millionen Euro. Der Betrieb wird zur Jahresmitte 2009 aufgenommen.

Die Sorge um die eigene Gesundheit und die Gesundheit von Freunden und Angehörigen nimmt im Leben der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes breiten Raum ein. Die Frage, wie die Pflege der Angehörigen menschlich und qualitativ hochwertig organisiert werden kann, beschäftigt viele. Mit der Zunahme lebensstilbedingter Erkrankungen, den sogenannten Zivilisationserkrankungen, erhöht sich der Stellenwert von Gesundheitsförderung und Prävention.

Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion steht die Finanzierung der Krankenhäuser. Viele Krankenhäuser befinden sich in einer angespannten Situation, unter anderem wegen des ihnen zugunsten der Krankenkassen auferlegten Sanierungsbeitrages und der mit der letzten Tariferhöhung verbundenen Mehrkosten. Der Bundesrat hat vor knapp zwei Wochen auf der Basis eines rheinland-pfälzischen Vorstoßes den Weg für das neue Krankenhausfinanzierungsrahmengesetz frei gemacht.

(Beifall der SPD)

Es wird die finanzielle Lage der Krankenhäuser um 3 Milliarden Euro verbessern.

Wir haben die Einigung auf Bundesebene nicht untätig abgewartet. Im Doppelhaushalt ist bereits eine Aufstockung der investiven Fördermittel für Krankenhäuser um 3 Millionen Euro vorgesehen. Für die Krankenhausfinanzierung stehen jetzt jährlich rund 122 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit der Initiative „Menschen pflegen“ wollen wir eine menschenwürdige, qualifizierte und wirtschaftlich leistungsfähige Pflege sicherstellen. Rheinland-Pfalz verfügt über eine flächendeckende pflegerische Infrastruktur, die sich am Grundsatz „ambulant vor stationär“ orientiert. Im Doppelhaushalt 2009/2010 sind über 17 Millionen Euro für die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements bei der Pflege eingeplant. Dazu kommt der Ausbau der Pflegestützpunkte. Bis Ende 2008 werden 135 Pflegestützpunkte eingerichtet sein. Bundesweit ist Rheinland-Pfalz damit Vorreiter.

Das rheinland-pfälzische Hochwasserschutzkonzept steht auf drei Säulen: Förderung des natürlichen Wasserrückhalts in der Fläche, technischer Hochwasserschutz durch Deiche, Rückhalteräume und örtliche Hochwasserschutzanlagen sowie konsequente Hochwasservorsorge, vor allem Stärkung der Eigenvorsorge. Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Hochwasserschutzkonzeptes wird auch die neue europäische Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie umgesetzt. Hierfür sind rund 2 Millionen Euro eingeplant. Für den Hochwasserschutz sind im Doppelhaushalt 2009/2010 Ausgaben in Höhe von rund 45 Millionen Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 188 Millionen Euro veranschlagt. Insgesamt wird ein Bauvolumen von rund 230 Millionen Euro in Gang gesetzt bzw. abgewickelt.

In die Verstärkung und den Ausbau der Rheinhauptdeiche investiert die Landesregierung auf einer Strecke von 160 km insgesamt rund 216 Millionen Euro, auch, um gleichwertige Deichhöhen und damit gleichen Hochwasserschutz auf beiden Seiten des Rheins zu erreichen. Auch an Mittelrhein, Mosel und Nahe werden Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 122 Millionen Euro durchgeführt.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen dargelegt, wie wir die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Doppelhaushalt und die Jahre 2011 bis 2013 sehen. Ich habe Ihnen aufgezeigt, wie die Landesregierung unter den sich eintrübenden Rahmenbedingungen die Konsolidierung der Landesfinanzen bis 2013 weiter vorantreiben will. Drei Viertel des Weges zum ausgeglichenen Haushalt haben wir hinter uns gelegt, weitere 400 Millionen Euro Konsolidierung sollen bis 2013 erbracht werden. Die verbleibenden knappen Mittel wollen wir nutzen, um die Chancen, die in unserem Land stecken, zu entwickeln. Wir wollen allen Rheinland-Pfälzern die beste Chance bieten, am Aufschwung dieses Landes teilzunehmen. Wir wahren die Chancen zukünftiger Generationen, indem wir nachhaltig wirtschaften.

Ich wünsche uns allen eine konstruktive Beratung des neuen Doppelhaushalts zum Wohle des Landes.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden das alles sehr ausführlich beraten. Daran hat es auch heute nicht gefehlt. Ich lade Sie für morgen um 13:30 Uhr ein.

Ende der Sitzung: 15:47 Uhr.